

Gipfel der Anmaßung

G-7-Staatschefs sollen im Alpenschloss Elmau Verantwortung für die ganze Welt und deren Zukunft übernehmen. Merkel verteidigt Ausschluss Russlands

Claudia Wangerin

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will laut einer Regierungserklärung »weit mehr als akute Krisendiplomatie«, wenn sie sich im Juni zum G-7-Gipfel mit den Regierungschefs der USA, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans im oberbayerischen Elmau trifft. Im selben Atemzug verteidigte die Kanzlerin am Donnerstag in Berlin den Ausschluss der Russischen Föderation aus dem vormals G8 genannten Zusammenschluss wichtiger Industrienationen. »Solange sich Russland nicht zu den grundlegenden Werten des Völkerrechts bekennt und danach handelt, ist für uns eine Rückkehr zum Format der G8 nicht vorstellbar«, sagte Merkel mit Blick auf die Ukraine-Krise und die Abspaltung der Krim, für die ein Großteil der überwiegend russischsprachigen Bewohner der Halbinsel 2014 in einer Volksabstimmung votiert hatte. Infolge der »völkerrechtswidrigen Annexion«, wie Merkel dies bezeichnet, muss Russlands Präsident Wladimir Putin draußen bleiben.

Das Wort »Krisendiplomatie« bedeutet aber in der Regel, dass Bevollmächtigte gegnerischer Konfliktparteien versuchen, auf dem Verhandlungsweg Lösungen zu finden, um eine Eskalation mit unklarem Ausgang zu vermeiden, bei der es im schlimmsten Fall nur Verlierer gäbe. Merkel aber meint, die G-7-Staats- und Regierungschefs würden bei dem Treffen am 7. und 8. Juni angesichts der Vielzahl von Krisen wie in der Ukraine oder im Nahen Osten auch »Verantwortung auf internationaler Bühne übernehmen«, wenn sie in dem abgeschotteten Schlosshotel unter sich bleiben. Weniger als Diplomatie ist demnach »weit mehr als akute Krisendiplomatie«.

Linksfraktionschef Gregor Gysi kritisierte, Russland könne als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat sowie als Atommacht nicht isoliert werden. »Warum hatten Sie nicht den Mumm, Putin einzuladen?« fragte er am Donnerstag die Kanzlerin. Die G7 könnten die Vereinten Nationen nicht ersetzen, sagte Gysi. »Und außerdem ist selbst das G-7-Treffen nicht in der Lage, Weltpolitik zu machen, denn es ist die internationale Finanzwelt, die bestimmt, was dort geschieht.«

Merkel hatte zudem erklärt, die G7 müssten »Verantwortung für die Zukunft« übernehmen. Dabei hob sie zum Beispiel den Einsatz für ein globales Klimaabkommen hervor, das Ende des Jahres in Paris beschlossen werden soll. Bereits beim G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 hatte Merkel in Sachen Klimapolitik stolz den vermeintlichen Durchbruch verkündet: Man habe sich darauf verständigt, eine Halbierung des Ausstoßes von Treibhausgasen bis zum Jahr 2050 »ernsthaft in Betracht zu ziehen«. Ob es in nächster Zeit verbindlichere Formulierungen gibt, bleibt abzuwarten.

Am Donnerstag betonte die Kanzlerin, der politische Rahmen für das von Umweltschützern heftig kritisierte transatlantische Freihandelsabkommen TTIP sei bis Ende 2015 festzulegen. Eine Stärkung des Freihandels erfordere natürlich zugleich eine bessere Umsetzung sozialer und ökologischer Standards in internationalen Lieferketten, so Merkel. Ein »Sowohl als auch«, das TTIP-Kritiker für inhaltsleere Schaumschlägerei halten,

denn TTIP sieht im Kern Sonderklagerechte für internationale Konzerne vor, wenn ihr »legitimes Gewinninteresse« durch staatliche Entscheidungen beeinträchtigt werden könnte. Vor Schiedsgerichten werden dann die Interessen von Investoren gegen einzelne Länder verhandelt werden. Als Beruhigungspille versprach Merkel, sich dafür einzusetzen, dass die Opfer der eingestürzten Textilfabrik in Bangladesch vor zwei Jahren und ihre Familien »endlich vollständig« entschädigt würden.

<http://www.jungewelt.de/2015/05-22/058.php>